

Phaidros Funds Börsenblatt Februar 2015: "Die 72 Tage der Kommune von Athen"

Im aktuellen Börsenblatt erläutert Dr. Georg Graf von Wallwitz, Geschäftsführer der Eyb & Wallwitz Vermögensmanagement GmbH und Fondsmanager der Phaidros Funds, warum die finanzielle Situation Griechenlands und die politische Neuausrichtung der Euro-Krise eine neue Schärfe verleihen und gibt eine klare Empfehlung für Anleger in diesen Zeiten. „Die Euro-Krise ist dabei, sich in eine soziale Auseinandersetzung zu wandeln und damit eine neue Qualität zu bekommen“, sagt von Wallwitz. Bislang standen eher die kulturellen Differenzen im Vordergrund (sparsame Protestanten gegen den lebensfrohen Rest der Christenheit), nun gehe es aber ernsthaft ums Geld.

Im aktuellen Börsenblatt erläutert **Dr. Georg Graf von Wallwitz, Geschäftsführer der Eyb & Wallwitz Vermögensmanagement GmbH und Fondsmanager der Phaidros Funds**, warum die finanzielle Situation Griechenlands und die politische Neuausrichtung der Euro-Krise eine neue Schärfe verleihen und gibt eine klare Empfehlung für Anleger in diesen Zeiten.

„Die Euro-Krise ist dabei, sich in eine soziale Auseinandersetzung zu wandeln und damit eine neue Qualität zu bekommen“, sagt von Wallwitz. Bislang standen eher die kulturellen Differenzen im Vordergrund (sparsame Protestanten gegen den lebensfrohen Rest der Christenheit), nun gehe es aber ernsthaft ums Geld.

„Es ist ganz offensichtlich, dass der **griechische Steuerzahler die Schulden** nicht tragen kann, die ihm vor die Füße gelegt wurden (und an denen er natürlich nicht unschuldig ist, hat er doch in seiner Eigenschaft als Wähler immer wieder korrupte Regierungen gewählt, und vom Klientelismus profitiert).“ Von Wallwitz weist darauf hin, wie **offensichtlich töricht es ist, was nun an den Stammtischen gefordert werde: Griechenland auf Generationen hin in eine Art Schuldgefängnis zu sperren.** „Diese sind vor langer Zeit abgeschafft worden, nicht um den Schuldnern einen Gefallen zu tun, sondern weil es keinen Sinn hat, einem nackten Mann in die Tasche zu fassen. Der Gläubiger wird dadurch nicht reicher, dass er jemanden, der Pleite ist, immer weiter bedrängt und auf dem unmöglichen beharrt. Besser ist es, ihm Anreize zu arbeiten zu geben“, meint von Wallwitz.

„Nun wird das Vernünftige, welches Syriza vorbringt, aber in einem Tonfall vorgetragen, welcher gleichermaßen national und sozialistisch ist, sodass die Europäer vermuten, dass es hier noch eine weitere Agenda gibt.“ Die **ungedeckte Auszahlung von Weihnachtsgeld für Rentner und die Anhebung** des Mindestlohns (der sowieso schon etwa doppelt so hoch ist wie in der Türkei oder Ungarn) wirke wie ein **Rückfall in die alte Zeit des linken Klientelismus.**

Der europäische Steuerzahler weigere sich zur Kenntnis zu nehmen, dass das Geld längst weg sei, ja bereits weg war, bevor die Rettungspakete geschnürt wurden. Von Wallwitz führt fort: **„Vermehrt wird seine Angst durch die Möglichkeit, dass im Fall eines Schuldenschnitts für Griechenland auch andere Länder der Peripherie dasselbe Privileg in Anspruch nehmen wollen.“** Umgekehrt gebe es auch in Griechenland offensichtlich die Überzeugung, von der anderen Seite über den Tisch gezogen worden zu sein. Demnach sei das Elend der Griechen das Resultat einer deutschkapitalistischen Verschwörung, welche darauf abziele, Griechenland die Freiheit zu nehmen und zu einer Kolonie zu machen.

„Das eigentlich beunruhigende ist dabei der **moralisierende Ton der Debatte. Beide Seiten werfen einander Raub und Erpressung vor.** Das zeigt, wie wenig der Euro die innere Einheit gebracht hat, die er eigentlich erzeugen sollte. **Als politisches und wirtschaftliches Projekt ist er damit wahrscheinlich gescheitert“**, sagt von Wallwitz. Nun sind die Länder der

Eurozone aber eng aneinander gebunden und können nicht einfach aufstehen, sich die Krone zurechtrücken und gehen.

„Daher wird Europa in circa 72 Tagen, kurz nach Ostern, wissen, ob die Syriza-Regierung Bestand hat und wie es weiter geht mit der Rauferei um das Geld. **Dann werden die Kredite von EZB und Währungsfonds an Griechenland fällig** und wir werden sehen, wer sie begleicht: **Die Besitzbürger** (d.h. die EU der Nordeuropäer) **oder die griechische Arbeiterschaft, welche in diesem Falle wüsste, dass ihre Kommune den Namen nun nicht mehr verdient.**“ Der Ausgang des Dramas hänge davon ab, wie die Griechen und die Nordeuropäer ihr eigenes Erpressungspotenzial und das der Gegner einschätzen.

Für den Investor bedeute dies, dass er, Quantitative Lockerung hin oder her, **vorsichtig sein sollte bei Anleihen aus nichtprotestantischen Ländern und von Banken.** „Diese werden der Gradmesser für den Fortschritt der politischen Gespräche. Vor uns liegen unruhige Monate“, schließt von Wallwitz

Das vollständige Börsenblatt lesen Sie [HIER](#)

Kontakt:

Meike Fick
public imaging
Finanz-PR & Vertriebs GmbH
meike.fick@publicimaging.de
Goldbekplatz 3
22303 Hamburg
Fon: +49 (0)40-401 999 - 18
Fax: +49 (0)40-401 999 - 10
Mobil: +49 (0)151 11 36 27 21
www.publicimaging.de